

# der springende punkt.

Monatliche Zeitung der SPD Nürnberg - Ausgabe 09 / 2018

DROGENPRÄVENTION

## Uli Grötsch informiert sich über Förderprojekt der Sozialen Stadt

Seite 10

DSP-GESPRÄCH

## Fünf Jahre GBW-Verkauf - Wie geht es den Mieterinnen und Mietern?

Interview mit Gunther Geiler vom Deutschen Mieterbund

Seiten 4 und 5

inkl.  
4-seitiger Beilage  
**DEPESCHE**  
der Stadtrats-  
fraktion

## Vorwort

Liebe Leserinnen  
und Leser,



der Blick von oben auf Deutschland zeigt zweifelsohne ein reiches und wohlhabendes Land, in dem die Arbeitslosigkeit zurückgeht und Unternehmen gute Gewinne erwirtschaften. Der Blick von unten zeigt allerdings ein in Teilen anderes Bild. Deutschland ist reich, aber nicht unbedingt gerecht. Zu viele Menschen leben am finanziellen Existenzminimum. Der DGB Mittelfranken hat das zurecht noch einmal intensiv thematisiert.

Leider gibt es auch in Nürnberg eine vergleichsweise hohe Armutsgefährdungsquote. Unseren Kampf gegen die Langzeitarbeitslosigkeit müssen wir deshalb gerade in Zeiten guter Konjunktur weiterführen und einen sozialen, geförderten Arbeitsmarkt schaffen.

Beim Mindestlohn müssen wir uns in Richtung 12 Euro bewegen und zugleich dafür sorgen, dass wieder mehr Beschäftigungsverhältnisse tarifgebunden sind. Die Tariffucht, wie sie derzeit einige Supermarkt- und Discounter-Ketten planen, ist nicht akzeptabel. Einkommensarmut wird irgendwann zur Altersarmut. Dem können wir nicht tatenlos zusehen und müssen deshalb auch das Rentenniveau dauerhaft sichern.

Euer

Thorsten Brehm

## Der Motor der großen Koalition

Während andere sich zanken,  
setzt die SPD ihre Ideen um!



Sie vertreten die SPD in der großen Koalition: Arbeitsminister Hubertus Heil, SPD- und Fraktionsvorsitzende Andrea Nahles, Außenminister Heiko Maas, Finanzminister Olaf Scholz, Justizministerin Katarina Barley, Familienministerin Franziska Giffey und Umweltministerin Svenja Schulze.

### AUS DEM PARTEILEBEN

Ein halbes Jahr steht die SPD nun in Berlin mit in der Regierungsverantwortung. Leicht gemacht haben wir uns den Eintritt in die Große Koalition – nach dem Versagen der Jamaika-Parteien – nicht. Mal wieder zeigte die SPD wie innerparteiliche Demokratie funktioniert: Es wurde offen diskutiert, demokratisch abgestimmt und dann geschlossen die Regierungsarbeit aufgenommen. Befürworter und Gegner der „Groko“ innerhalb der Partei dürften sich nach dieser Zeit gleichermaßen be-

stätigt fühlen. Anlass genug, eine erste Kurzbilanz zu ziehen, denn die SPD konnte bereits einige zentrale Punkte des Koalitionsvertrags in die Tat umsetzen.

### Union mit Hetze statt Ideen

Die Medien beherrschte zeitweise eine „bajuwarische Populistenboygroup“, bestehend aus einem ausrangierten Ministerpräsidenten, seinem Mächtgern-Nachfolger und einem Auto-Lobbyisten. Seehofer, Söder und Dobrindt haben Deutschland mal wieder gezeigt, dass man mit viel Gebrüll, wenig Inhalt und einer

Prise rechtem Gedankengut inzwischen Debatten beherrschen kann.

Gut, dass wir nicht mitgemacht haben! Wer sich bei Sprache und Ideen

der Rechtspopulisten bedient, stärkt nur das Original und niemals die Kopie. Diesen Denkkzettel wird die CSU auch bei der anstehenden Landtagswahl zu spüren bekommen. Stattdes-

sen kann die SPD als einziger Koalitionspartner Ergebnisse vorweisen, die den Alltag der Menschen tatsächlich bestimmen und erleichtern werden:

## Rückkehr zur Parität stärkt alle Arbeitnehmer

Mit der Wiedereinführung der so genannten Parität bei den Krankenversicherungsbeiträgen hat die SPD ein zentrales Vorhaben beschlossen. Den Zusatzbeitrag für die gesetzliche Krankenversicherung tragen bisher allein die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das sind im Durchschnitt 1 Prozent des Bruttoeinkommens.

Dieser Zusatzbeitrag wird künftig wieder zur Hälfte von Arbeitgeberseite getragen. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bedeutet das eine Entlastung um 0,5 Prozent ihres Bruttoeinkommens. Davon profitieren auch Rentnerinnen und Rentner, denn ihr Zusatzbeitrag wird zur Hälfte durch die Deutsche Rentenversicherung übernommen. Im Schnitt macht dies jährlich 150 bis 200 Euro für jeden Arbeitnehmer und jede Arbeitnehmerin mehr in der Tasche!

## Gute Kita-Betreuung für alle Kinder!

Mit dem Gute-Kita-Gesetz will Familienministerin Franziska Giffey die Qualität der Kinderbetreuung und den Abbau von Kita-Gebühren fördern. Dafür werden 3,5 Milliarden Euro bereitgestellt. Ziel ist es, Kita-Gebühren in ganz Deutschland komplett abzuschaffen. Dafür kämpfen wir auch im Landtagswahlkampf!

## Die Musterfeststellungsklage kommt!

Mit der Musterfeststellungsklage ist ein Meilenstein für den Verbraucherschutz beschlossen worden. Gegen große Konzerne, die oft international agieren, ist es häufig schwer, vor Gericht zu gehen. Bei diesem Klageinstrument steht die gerechte Entscheidung und nicht der Profit im Vordergrund. Viele Betroffene warten auf diese neue Klagemöglichkeit. Sie müssen zu ihrem Recht kommen. Es darf nicht sein, dass hier massenweise Ansprüche wegen Verjährung verfallen – wie es konkret im VW-Abgasskandal droht. Deswegen tritt das Gesetz bereits zum 1. November 2018 in Kraft.

## Gesetz zur Brückenteilzeit

Arbeit muss zum Leben passen – und nicht umgekehrt! Das Gesetz zur Brückenteilzeit verschafft Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Möglichkeit, für eine bestimmte Zeit im Beruf kürzer zu treten und mehr Zeit für das Privatleben zu haben.

Umgekehrt bekämpft die SPD damit die Teilzeitfalle. Bewerben sich Teilzeit-Angestellte auf eine Stelle mit höherer Arbeitszeit, so soll der Arbeitgeber künftig darlegen und gegebenenfalls beweisen, dass es sich nicht um einen entsprechenden freien Arbeitsplatz handelt oder ein Teilzeitbeschäftigter für den Arbeitsplatz nicht mindestens gleich geeignet ist.

# 44. Kinderfest

der KnoblauchlandSPD

**Am 23. September 2018 von 13 bis 18 Uhr**  
im Behindertenzentrum Boxdorf, Am Spund 4

*Spiele - Vorführungen - Tombola*



## „Staatsregierung soll Durchbindung der Gräfenbergbahn zur Rangaubahn erneut prüfen“

VON ARIF TAŞDELEN

Angesichts des Beschlusses der Bayerischen Staatsregierung, die Erziehungswissenschaften an der Friedrich-Alexander-Universität in einem neuen Gebäude im Nürnberger Norden anzusiedeln, fordert der SPD-Landtagsabgeordnete Arif Tasdelen die bayerische Verkehrsministerin Ilse Aigner in einem Brief dazu auf, die bereits vor einigen Jahren angedachte Verbindung der Gräfenbergbahn zur Rangaubahn erneut zu prüfen. Die vom Freistaat betriebene Bayerische Eisenbahngesellschaft mbH (BEG) hatte der Verbindung 2014 noch eine Absage erteilt.

„Im Nürnberger Norden ist einiges in Bewegung, weshalb die Entscheidung von 2014 zu überprüfen ist“, begründet Tasdelen seinen Vorstoß. So verweist er neben dem angekündigten Umzug der Erziehungswissen-

schaften in den Norden auch auf den wachsenden Hochschul- und Forschungsstandort auf AEG und das Neubaugebiet im Stadtteil Wetz-

al entlang der Trasse und müssen Grundlage für eine Neubewertung der Durchbindung sein“, so der SPD-Politiker.



Tasdelen hat mit seiner Forderung vor allem auch die Bürgerinnen und Bürger im Blick: „Die Absage an das Verkehrsprojekt war damals eine große Enttäuschung für viele Nürnbergerinnen und Nürnberger. Ihr Unmut ist in meinen Augen nachvollziehbar. Mobilität und eine intelligente Verkehrsinfrastruktur der kurzen Wege sind Grundbedürfnisse einer jeden modernen Gesellschaft“, so der Abgeordnete. Dem müsse die Staatsregierung Rechnung tragen. „Die Staatsregierung redet gerne davon, dass sie den Menschen in Bayern einen attraktiven öffentlichen Verkehr bieten will. Wenn sie das ernst meint, wäre es jetzt eine gute Gelegenheit, das zu beweisen“, so Tasdelen. ■

dorf. „Diese Entwicklungen versprechen erhebliches Fahrgastpotenzi-

Gelegenheit, das zu beweisen“, so Tasdelen. ■



**BAYERN  
LANDTAGS  
FRAKTION**

**Einladung**

# POLITISCHES SONNTAGS FRÜHSTÜCK



**16. September 2018 10:30 - 12:00 Uhr**

**Zu Gast: Kerstin Gardill**  
Landtagskandidatin für den Stimmkreis Nürnberg-Ost

**Gutmann am Dutzendteich - Bayernstraße 150 - 90478 Nürnberg**  
Anmeldung bei Interesse unter [nuernberg@angelika-weikert.de](mailto:nuernberg@angelika-weikert.de)

# Fünf Jahre GBW-Verkauf - Wie geht es den Mieterinnen und Mietern? Große Fragebogenaktion der SPD

## Interview mit Gunther Geiler vom Deutschen Mieterbund Nürnberg und Umgebung e.V.

*Vor fünf Jahren wurden die GBW-Wohnungen an private Investoren verkauft. Spüren die Mieterinnen und Mieter nach ihren Erkenntnissen diese Privatisierung?*

Sie spüren sie in eindrucksvollem und bedauerlichem Maße. Für all die, denen „Privatisierung“ bis jetzt eine bloße Worthülse war, ein abstraktes Schlagwort von Ideologen und Pessimisten, empfehle ich, eine Woche lang unseren Beratungsalltag mitzumachen oder einer Mieterversammlung beizuwohnen. Die Eindrücke der Betroffenen schildern besser als meine trockenen Zahlen das, was die Menschen empfinden.

Obwohl sich an einigen Zahlen tatsächlich ausgesprochen gut nachweisen lässt, was hier passierte. Mieterhöhungen zum Beispiel. Bis zur Privatisierung war die GBW für uns eines von vielen ganz normalen Wohnungsunternehmen. Wenige Monate nach dem Verkauf änderte sich das. Vielfach nahm die Zahl der Mieterhöhungen zu. In etlichen Mietverhältnissen wurde gerade der gesetzliche Mindestabstand zwischen zwei Mieterhöhungen eingehalten.

Aber völlig einzigartig in der Landschaft großer Wohnungsunternehmen war, dass die GBW in der breiten Fläche Mieten verlangte, die über dem Mittelwert des Mietspiegels lagen. Das ist der Wert, der Vermietern bei Mieterhöhungen in der Regel zusteht. Anfangs lag die Überschreitung bei 5% oder 10%, später bei nur 2% oder auch mal 8%. Dass diese Mieterhöhungen vor Gericht nicht haltbar wären, scheint der GBW durchaus bewusst gewesen zu sein: wo auch immer wir für Mieter einschritten und den Mieterhöhungen widersprachen, wick die GBW zurück: Mieterhöhungen konnten reduziert oder ganz verhindert werden. Die Schattenseite: wer sich nicht wehrte, sondern einfach zu-

stimmte, zahlt nun oft eine überhöhte Miete. Dass Mieterhöhungen der GBW sich auf den Mittelwert des Mietspiegels beschränken, ist nach unserer Wahrnehmung eher die Ausnahme als die Regel: die GBW selbst räumt übrigens ein, im Durchschnitt 3% über dem Mittelwert zu liegen.

Ebenso bringt die Bewohner eine drastische Steigerung der Nebenkosten auf die Palme: Die Kosten gerade für Versicherungen oder den Hausmeister sind förmlich durch die Decke gegangen. Den Bewohnern ist aber keineswegs klar, wofür denn dieser Hauswart überhaupt bezahlt wird. Als Ansprechpartner vor Ort, der dafür bezahlt wird, unkompliziert die Probleme des Hauses zu lösen, wird er jedenfalls nicht mehr wahrgenommen. Im Gegenzug wird häufig von einer Vernachlässigung der Objekte berichtet, davon, dass Ansprechpartner schlechter erreichbar seien als früher und Mängel lange unerledigt bleiben.

*Markus Söder hatte damals eine Sozialcharta für die Mieter ausgehandelt. Was wurde aus dieser denn in der Praxis?*

Die „Sozialcharta“ hatte von Anfang an nur einen Zweck: die Öffentlichkeit zu beschwichtigen. Ihre offensichtlichen Mängel und absehbare Wirkungslosigkeit war für Fachleute ein Schlag ins Gesicht und für Mieter, die an irgendeinen Schutz glaubten, eine Verhöhnung. Ein Beispiel: da wurde eine 15%ige Mietsteigerungsgrenze eingezogen und den Mietern so vorgelegt, sie seien überdurchschnittlich gut geschützt. Das Problem: die Grenze galt nicht für die einzelne Wohnung, sondern für den ganzen Bestand. Was bedeutet das? Wenn in einer Schrumpfungregion Mieten von beispielsweise 10 Wohnungen vollständig stagnieren, hätten andernorts Mieten von 10 Wohnungen um 30% angehoben

werden können. Letzteres wäre zwar nach dem alle Mieter schützenden BGB nicht möglich - die „Sozialcharta“ wäre dabei noch nicht einmal verletzt. Beispiel Investitionen: 15 Euro pro Quadratmeter im Jahr sollte die GBW mindestens investieren. Das reicht möglicherweise gerade aus, um den Bestand vor dem unmittelbaren Verfall zu bewahren - andere Wohnungsunternehmen kalkulieren aber das Doppelte. Und: die „Sozialcharta“ rechnet selbst hier über den ganzen Wohnungsbestand hinweg: Also wäre es sogar zulässig, in einem Objekt o zu investieren, es komplett verfallen zu lassen und andernorts umfangreichst zu modernisieren - und sich diese Modernisierungsinvestitionen auch noch über Mieterhöhungen von Mietern wiederzuholen. Selbst derartigen Missbrauch hätte die „Sozialcharta“ nicht verhindern können.

Sollte sie auch nicht. Jede Einschränkung eines Erwerbers der GBW, seinen Gewinn zu maximieren, hätte den Kaufpreis reduziert. Die „Sozialcharta“ hatte nur einen Zweck: Der Öffentlichkeit vorzugaukeln, die von der Staatsregierung vorangetriebene Privatisierung sei ja gar nicht so schlimm, da Mieter geschützt seien.

*Sie waren auch im Landtag als Sachverständiger in Sachen GBW eingeladen. Wie empfanden sie dort die Argumentation der CSU-Staatsregierung?*

Während der Anhörung war ich - gelinde gesagt - über ihren Verlauf verwundert. Rückblickend betrachtet war es eine Farce. Der Haushaltsausschuss hatte offensichtlich Bedarf gesehen, sich über die Geschehnisse in Sachen GBW und Mieterschutz zu informieren und hat hierzu Experten geladen. Also erwartet man auch, dass diese Experten aussagen - gern kritisch hinterfragt - zur Basis weiterer Überlegungen werden.

Für mich waren zwei Dinge jedoch besonders bemerkenswert: Auf unsere massiven Vorwürfe in Sachen Mieterhöhungen reagierte die CSU nicht etwa mit der angezeigten Erschütterung über solche Geschehnisse - sondern agierte wie ein Anwalt der GBW: Der Deutsche Mieterbund (DMB) berichtete über „Einzelfälle“, würde sich Zahlen „ausdenken“, entgegnete die CSU. Nicht die GBW und ihr Handeln wurden kritisch hinterfragt, sondern die Aussagen derjenigen, deren Aufgabe der Mieterschutz ist.

Dass es der CSU in der Veranstaltung nicht darum ging, Erkenntnisse zu gewinnen, sondern die Folgen des eigenen damaligen Handelns zu leugnen und zu vertuschen, zeigte etwas anderes in besonders grotesker Weise: Kurz nach Beginn der auf sechs Stunden angesetzten Expertenanhörung hatte die CSU schon eine Pressemitteilung darüber versendet, in der sie bemerkenswerterweise das Ergebnis der Expertenanhörung schon kannte. Das dortige Fazit: die Mieter seien gut geschützt. Das zeigt, dass die CSU nicht im Ansatz die Absicht hatte, den Experten zuzuhören.

Richtig wäre es rückblickend gewesen, an dieser Stelle kurz nach Beginn der Veranstaltung gemeinsam mit anderen Experten die Anhörung zu verlassen. Die CSU hätte sich dann gern gegenüber der Presse erklären können, wieso sie eine Presseinformation zu einer Veranstaltung versendet, die es nicht gab.

**Wo finden Mieter Hilfe, wenn sie sich ungerecht von Vermietern behandelt fühlen?** Als Geschäftsführer des DMB Nürnberg antworte ich natürlich: bei uns. Mitglieder des DMB haben Anspruch

auf kostenlose Rechtsberatung in allen Mietrechtsfragen, so oft es die Sache erfordert. Juristische Korrespon-

Tisch kommt, kennen die Schwachstellen der Nebenkostenabrechnungen bestimmter Gesellschaften. Bei



Landtagskandidatin Kerstin Gardill stellt sich zusammen mit Fraktionsvorsitzendem Markus Rinderspacher und Bezirkstagskandidat Hans-Dieter Brückner den Fragen und Problemen der Anwohner.



Viele Standbesucher berichteten Arif Tasdelen von in ihren Augen ungerechtfertigten Mieterhöhungen und hohen Nachzahlungen bei Betriebs- und Heizungskosten. Manche Besucher brachten ihm sogar Fotos als Beweismaterial mit.



Die GBW besitzt über das gesamte Stadtgebiet verteilt Wohnungen. Stefan Schuster und Claudia Arabackj sprachen unter anderem mit GBW-Mietern in St. Leonhard.

denz wird ebenfalls gegen geringe Gebühr übernommen. Neben uns gibt es freilich noch andere Mietervereine. Natürlich bieten auch niedergelassene Anwälte Rat - aber wir als DMB sind stolz darauf, uns gerade im Bereich großer Vermieter eine gewisse Expertise erarbeitet zu haben. Wir wissen genau, wo wir nachbohren müssen, wenn eine Mieterhöhung auf den

uns laufen viele Informationen zusammen. Anwälte - oder auch die zunehmenden online-Angebote - mögen fachlich gute Arbeit machen: Dieses systematische Wissen läuft aber nur in einer Vereinigung wie dem DMB zusammen. Deswegen meine ich: den besten Schutz gibt's bei organisierten Mieterschützern wie dem DMB. ■

## Stefan Schusters Abend für ehrenamtlich Aktive

VON STEFAN SCHUSTER, MdL

Seit über 15 Jahren lade ich aktive und engagierte Bürgerinnen und Bürger aus meinem Stimmkreis Nürnberg-West ein, um mich für ihren ehrenamtlichen Einsatz zu bedanken. Der Empfang ist für mich und viele der Teilnehmerinnen und Teilnehmer bereits zu einer schönen Tradition geworden. Neben politischen Gastrednerinnen und Gastrednern aus Kommune und Land trugen in den vergangenen Jahren auch Künstler wie Günter Stössel, Fitzgerald Kusz sowie Heinrich Hartl zu einem interessanten Programm bei. Zum Abschluss gibt es traditionell ein kulinarisches Dankeschön in Form von Leberkäse und Kartoffelsalat. Getreu dem Thema Ehrenamt werden die Gäste von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern versorgt.

### Ehrenamtsabend 2018

Auch dieses Jahr lade ich zum „Abend für ehrenamtlich Aktive“ ein. Ich freue mich sehr auf das musikalische Rahmenprogramm mit dem Nürnberger Shanty-Chor der Wasserschutzpolizei. Vertreterinnen und Vertreter von Vereinen und Initiativen, die im Stimmkreis Nürnberg-West/Südstadt ihren Sitz haben und in den nächsten Tagen keine Einladung erhalten, können sich gerne bei uns melden. Kontakt: SPD Bürgerbüro Stefan Schuster, MdL, Telefon: 0911/438 96-60, E-Mail: buero@stefan-schuster-mdl.de ■



### Empfang der Kulturen der SPD Nürnberg

Seit mehr als 150 Jahren engagieren wir uns als SPD in Nürnberg für das friedliche Miteinander aller Nürnbergerinnen und Nürnberger. Gerade im letzten Jahr war das Eintreten für gesellschaftlichen Zusammenhalt wichtiger denn je. Rassismus, Diskriminierung und Hetze gegen Fremde wurden in Teilen der Gesellschaft wieder salonfähig, rechte Kräfte erfuhren wieder mehr Zuspruch.

Dieser Entwicklung müssen wir uns gemeinsam entschieden entgegenstellen, den Dialog suchen und deutlich machen: Nürnberg hält zusammen! Es erwartet uns

- ein Grußwort des Generalsekretärs der BayernSPD, Uli Grötsch
- Kurzinterviews mit den vier Landtagskandidaten Arif Tasdelen, Stefan Schuster, Claudia Arabackyj und Kerstin Gardill
- Ein vielfältiges kulturelles Rahmenprogramm

**Montag, den 10. September 2018  
19:00 Uhr im Karl-Bröger-Zentrum**



Für alle, die zwischendurch den Wahlkampf satt haben, gebe ich einen kleinen Einblick in meinen privaten Alltag. Wer großen Aufwand beim Kochen scheut oder jeden Tag aufs Neue überlegt „was koche ich heute“, kann meine Lieblingsrezepte kennenlernen. In kleinen Videos zeige ich einfache Gerichte, die leicht nach zu kochen und nicht teuer sind.

**Jeden Freitag ab 17 Uhr gibt es ein neues Koch-Video auf Facebook unter @Stefan.Schuster.SPD.MdL oder #Nichtsanbrennenlassen und auf meiner Homepage [www.stefan-schuster-mdl.de](http://www.stefan-schuster-mdl.de)**

**Ich wünsche viel Spaß beim Kochen und „an Gudn“ zusammen mit netten Menschen am Esstisch!**

# SPD RATHAUS DEPESCHE

AUSGABE NR. 168

SEPTEMBER 2018

Mehr über unsere Arbeit erfahren Sie auf unserer Internetseite oder auf der Facebook-Seite der SPD Nürnberg.

## VORWORT

**Liebe Leserinnen und Leser der Rathaus-Depesche,** hinter uns liegt ein heißer Sommer, wie wir ihn schon lange nicht mehr hatten. Die Aussicht, dass dies nicht einmalig war, sondern wir uns eher daran gewöhnen sollten, ist wohl auch ein Zeichen für den Klimawandel. Gut, dass die SPD Fraktion sich daher für die Erhöhung des Radwegeetats, autoarme Quartiere oder auch den VAG Kompromiss stark gemacht hat. Mehr dazu lesen Sie in dieser Ausgabe.

Ein weiterer wichtiger Punkt der uns als SPD auch besonders am Herzen liegt, war die Verbesserung der sog. familiären Bereitschaftsbetreuung. Diese Familien, mit einschlägiger pädagogischer Ausbildung, nehmen Säuglinge und Kleinkinder bis zu drei Jahren auf, wenn diese aus ihrer Familie genommen werden müssen. Leider gibt

es aber nicht ausreichend Familien für diese wichtige Aufgabe. Daher hat der Jugendhilfeausschuss nun beschlossen die Situation der Familien deutlich zu verbessern: höhere Tagessätze, bessere Betreuung der Familien oder Möglichkeiten der gegenseitigen Vertretung wenn eine Auszeit gebraucht wird. Damit wollen wir den Weg, Kleinkinder in Familien statt in Einrichtungen zu geben erfolgreich weiterführen.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen der Depesche und einen erstklassigen Start in die neue Fußball-Liga

Ihre

*C. Arabackyj*

Claudia Arabackyj



## DEUTLICHE STÄRKUNG DES RADVERKEHRS IN NÜRNBERG

In der Großstadt gewinnen Fahrräder als Fortbewegungsmittel mehr und mehr an Bedeutung. Zwar konnte Nürnberg durch eine Vielzahl an Maßnahmen den Radverkehrsanteil stetig steigern. Um aber noch mehr Menschen für das Rad zu begeistern, sind aus unserer Sicht Werbemaßnahmen, die Installation von weiteren Abstellanlagen und vor allem ein Ausbau der Radwege und Lückenschlüsse im Radwegenetz notwendig. Der Runde Tisch Radverkehr ist dabei zu einem wichtigen Beratungsgremium geworden.

Unser Ziel bleibt es, die Attraktivität das Fahrrad als Verkehrsmittel weiter zu steigern. Deshalb hat die SPD im Rathaus gemeinsam mit der CSU und den Grünen ein Maßnahmenpaket zur Förderung des Radverkehrs vorgeschlagen:

- Der jährliche Radwegeetat soll mehr als verdoppelt werden, von derzeit 1,56 auf insgesamt 3,5 Millio-

nen Euro – das Geld soll in den Ausbau der Radinfrastruktur und in die



v.r.n.l.: Anja Prölb-Kammerer, Thorsten Brehm, Achim Mletzko (Grüne), Marcus König und Andreas Kriegelstein (CSU) stellen gemeinsam die Pläne zur Stärkung des Radverkehrs vor.

farbliche Markierung von Radrouten gesteckt werden.

- Um die Planung und Umsetzung zu beschleunigen wird eine zusätzliche Stelle im Servicebetrieb Öffentlicher Raum (SÖR) geschaffen, ergänzend zur diesjährigen Stellen-

schaftung im Verkehrsplanungsamt.

- Unter Trägerschaft der VAG soll es künftig ein öffentliches Fahrradverleih-System geben, das räumlich und tariflich mit den Angeboten der Busse und Bahnen verknüpft wird.

- Weiter fordern die Fraktionen umgehend Konzepte zur Ausweisung weiterer Fahrradstraßen im Stadtgebiet Nürnberg sowie zur raschen Umsetzung des ersten Radschnellwegs zwischen Nürnberg und Erlangen im Rahmen der Trassenplanung der Stadt-Umland-Bahn zu erstellen.

Inzwischen hat die Verwaltung durch den Rat schon grünes Licht für die Detailplanung zur Ausweisung von 12 weiteren Fahrradstraßen auf einer Gesamtlänge von 15km bekommen. Bisher gibt es nur eine einzige Fahrradstraße in Nürnberg - auf der Spitalbrücke.

Weitere Informationen: Dr. Anja Prölb-Kammerer, Thorsten Brehm; spd@stadt.nuernberg.de



## VERDOPPELUNG DER INVESTITIONSMITTEL FÜR SPORTVEREINE

Gemeinsam werden die beiden großen Ratsfraktionen dem Stadtrat im Herbst eine Verdoppelung der Investitions-Förderung von 550.000 auf 1,1 Millionen Euro für Sportvereine in den Haushaltsberatungen empfehlen. Darauf haben sich SPD und CSU im Nürnberger Rathaus geeinigt, um den Vereinen bei Sanierungen und Neubau ihrer Sportanlagen effektiv unter die Arme zu greifen.

Hintergrund ist ein Fördermittel-Stau in Höhe von 2,7 Millionen Euro. So viel Geld ist den Vereinen schon heute von der Stadt bewilligt, kommt aber wegen der jährlichen Deckelung der auszuzahlenden Beträge nur zögerlich bei den Vereinen an. Mit der Neuregelung ab 2019 soll es nun einen sogenannten atmenden Deckel geben – das heißt: sobald der Förderbe-

scheid da ist, fließt das Geld von der Stadt an den Verein. Zusammen mit der Erhöhung der städtischen Investitionszuschussmittel soll so die der-



Für neue Sportanlagen von Vereinen soll zukünftig erheblich mehr und schneller Geld fließen

zeitige Wartezeit von vier Jahren auf wenige Monate reduziert werden.

Noch in dieser Stadtratsperiode und vier Jahre nach der enormen Erhö-

hung der jährlichen Sportförderung 2015 um 190.000 Euro wurde damit nach Überzeugung der Rathaus-SPD ein weiterer Riesenschritt gemacht in Richtung starker Nürnberger Sportvereine. Wie schon 2015 ist dabei das Hauptziel der SPD-Fraktion, den Vereinen dabei zu helfen, sich neu aufzustellen. Denn um auch weiterhin bestehen zu können, müssen Sportvereine in die Lage versetzt werden, auch neue Zielgruppen zu erreichen, wie etwa Senioren im Gesundheitssport oder Menschen mit Behinderung. Dafür müssen sie auch in ihre Sportanlagen investieren können.

Weitere Informationen: Nasser Ahmed; [spd@stadt.nuernberg.de](mailto:spd@stadt.nuernberg.de)



## EMPFANG FÜR DIE GRIECHISCHE COMMUNITY IN NÜRNBERG

Anfang Juli lud die SPD-Stadtratsfraktion Vertreterinnen und Vertreter der griechischen Community zum Austausch ins Rathaus ein. Die Griechen stellen die zweitgrößte Community in Nürnberg. Begrüßt wurde die knapp 50-köpfige Gruppe von Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, der die lange



Historie der griechischen Community in Nürnberg betonte und feststellte, dass das griechische Lebensgefühl z.B. in Gostenhof durchaus ein eigenes

Bewusstsein erlange und man trotzdem gut integriert in Nürnberg lebe. Das Nachbarschaftshaus dort wäre inoffiziell schon als „kleine griechische Botschaft“ bekannt. Kritik übte Maly am durchaus populären „Griechenbashing“ im Zuge der europäischen Finanzkrise. Er habe sich öfter geschämt für diese mangelnde Solidarität, unter der auch die Nürnberger mit Wurzeln in Griechenland leiden mussten. Wenn nun Deutschland durch die Kredite an Griechenland Milliarden an Zinsgewinne verbuchen könne, schaffe es dies dagegen selten auf die Titelseite. Es brauche ein solidarisches Europa, und es gäbe keinen Grund sich über irgendwen zu erheben. Nicht Grenzen seien entscheidend, sondern das Gemeinsame sollte im Vordergrund stehen, betonte Maly. Immer noch kommen

viele Menschen aus Griechenland. Sie würden in der griechischen Gemeinde offen empfangen und erhielten viel Hilfestellung. Den Anwesenden riet er, sich weiterhin einzubringen, ob in den zahlreichen Vereinen, bei vorbildlichen Projekten, wie der Übersetzung des Museumsführers im Dokuzentrum, oder in politischen Gremien, wie im Integrationsrat, dessen Vorsitzender Dimitrios Krikelis auch griechische Wurzeln hat.

Die Vertreter der über 14.400 in Nürnberg lebenden Menschen mit Wurzeln in Griechenland sprachen im informellen Austausch im Rahmen eines kleinen Empfangs verschiedenste Themen an, von der Suche nach eigenen Sportvereinsheimen, über das Thema Bildung bis hin zur griechischen Schule in Nürnberg.

Weitere Informationen: Diana Liberova, integrationspolitische Sprecherin; [spd@stadt.nuernberg.de](mailto:spd@stadt.nuernberg.de)



**DISKUSSION UM VAG-FAHRPREISE: EINZELFAHRT BLEIBT BIS 2021 STABIL**

Der Nahverkehr in einer Großstadt wird nie kostendeckend betrieben werden können – was wie eine Binsenweisheit klingt, sorgt für uns als Kommunalpolitiker jährlich für Bauchgrimmen, wenn es um die Frage der Fahrpreiserhöhung geht. Denn die Rahmendaten sind schwierig: Trotz guter und steigender Umsatzerlöse von 169 Mio. Euro verzeichnet die VAG jährliche Verluste von ca. 70 Mio. Euro. Da jährlich die Personal- und Betriebskosten steigen, würde bei einer Nichtanhebung der Preise der Verlust immer weiterwachsen. Die Verluste müssen dann über den Stadthaushalt ausgeglichen werden, was das Streichen von wichtigen Investitionsprojekten bedeuten würde. Eine noch größere Belastung des Haushalts wäre angesichts der engen Spielräume dort kaum hinnehmbar. Verschärfend kommt hinzu, dass Bund und Land die Zuschüsse für den ÖPNV über die Jahre hinweg erheblich reduziert haben. Damit muss die VAG auch immer mehr an Investitionskosten übernehmen, an den Betriebskosten des Nahverkehrs beteiligen sich Bund und Land traditionell sowieso nicht.

Trotzdem hat die Stadt mit der Tarifreform von 2015 Weichenstellungen vorgenommen, die für viele Nutzer der VAG eine Preissenkung bedeuten: Ziel war und ist es, vor allem treuen Kunden (Abokunden, Zeitkartenbesitzer) ein noch günstigeres Angebot zu machen. Gesenkt wurde dabei vor allem der Preis für das 9-Uhr-Abo auf aktuell 37 Euro pro Monat. Bei der Einführung des neuen Preismodells bedeutet dies eine Preissenkung um 21 % bzw. 10 Euro! Auch die Gruppe der Schülerinnen und Schüler bzw. deren Eltern wur-

den entlastet: Für alle Selbstzahler wurde ein Schülerticket eingeführt, welches für 26,70 Euro im Monat (Sekundarstufe I) bzw. 36,80 Euro im Monat (Sekundarstufe II) zu haben ist, dies bedeutete wiederum eine Preissenkung von über 50 % und deutliche Entlastung für Familien.

Auch die Einführung des Studententickets war nach jahrelangem Kampf ein voller Erfolg. Mit Ausschlusszeiten ist hier schon ab 46,75 Euro im Monat die Fahrt im gesamten Verbundgebiet möglich.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, welche vor 9 Uhr zur Arbeit

sichts dieser Verbilligungen die Abokunden um über 26 % auf inzwischen über 50.000 Abokunden!

Entbrannt hat sich die jährliche Debatte um die Fahrpreise erneut am Preis des Einzeltickets. Hier wird argumentiert, dass es mit 3,10 Euro im Städtevergleich sehr teuer sei. Hier sei aber darauf hingewiesen, dass es preiswerte Alternativen gibt. Tatsächlich beträgt die Einzelfahrt 2,75 Euro, wenn es über die komfortable VGN-App gekauft wird. Und für alle, die kein Handy besitzen, besteht die Möglichkeit, am Automaten das 4er-Streifenticket zu kaufen, welches ebenfalls pro Fahrt nur 2,75 Euro kostet. Auf einen gemeinsamen Antrag von CSU und SPD hin wurde jüngst beschlossen, diese Preise bis 2021 stabil zu lassen, um so noch mehr Anreize auch für Gelegenheitsnutzer der VAG zu setzen.

Außerdem setzen wir uns gemeinsam dafür ein, dass schnellstmöglich E-Ticket und E-Tarifmodelle entwickelt werden, da damit das Tarifsystem vereinfacht und übersichtlicher gestaltet werden kann. Die oftmals als „schwierig“ kritisierte Ticketsuche am Automaten hätte damit ein Ende, was weitere Fahrgastpotenziale erschließen könnte.

Damit langfristig der Nahverkehr attraktiv gehalten werden kann, brauchen die Kommunen, braucht auch Nürnberg mehr Geld von Bund und Land für Investitionen, aber auch für den Betrieb! Der Bundesverkehrsminister aus der CSU scheint hingegen trotz Ankündigungen bei diversen Dieseltreffen leider mehr an der Schonung der Autoindustrie interessiert, als einer deutlichen Stärkung des Nahverkehrs als Rückgrat des Verkehrs in der Stadt.



müssen, haben dank der Reform leichtere Zugangsmöglichkeiten zum ebenfalls sehr günstigen Firmenabo. Die IHK und HWK beraten hier gerne. Gegenüber dem normalen JahresAbo ist es über 23 % billiger. Und die Tarifreform zeigt bereits deutliche und positive Wirkung. So stiegen ange-



## SPLITTER AUS DEM STADTRAT UND DEN STADTTILEN

### Aus den Stadtteilen

#### GOSTENHOF

Eine der wichtigsten Grünanlagen Gostenhofs, der Jamnitzerplatz ist in die Jahre gekommen. Die Stadt Nürnberg hat nun einen breiten Beteiligungsprozess angestoßen, um gemeinsam dem Platz ein neues Gesicht zu geben. Ab sofort sind alle Infos und Termine rund um den Jamnitzerplatz unter [www.onlinebeteiligung.nuernberg.de](http://www.onlinebeteiligung.nuernberg.de) abrufbar. Ab dem 18. Oktober schaltet der Servicebetrieb Öffentlicher Raum (SÖR) die vierwöchige ePartizipation frei, damit die Gostenhoferinnen und Gostenhofer sich auch online einbringen können.

#### SÜDSTADT

Jeppe Heins begehbarer Kunstbrunnen auf dem Aufseßplatz ist ein „Volltreffer“ und „genau das, was die Südstadt braucht“, schreibt der Stadtanzeiger. Kleine und große Südstädter sind hellauf begeistert und lassen sich während der heißen Sommertage nur zu gerne von dem eigenwilligen Brunnen nassspritzen. Über das vor allem von den Kindern heiß geliebte neue Freizeitparadies freut sich ganz besonders SPD-Stadträtin Ilka Soldner, die sich bereits 2016 für diesen Standort in der Südstadt stark gemacht hat. Sie will sich nun dafür einsetzen, dass der Brunnen dort vielleicht sogar ein dauerhaftes Zuhause erhält.

#### MUGGENHOF

Der Wohnraum – auch der geförderte – soll nun im Zentrum des Quellareals stehen, das nun einen neuen Besitzer hat, die Gerchgroup aus Düsseldorf. Trotz dieser positiven Entwicklung bleiben für die SPD-Fraktion Fragen offen: So soll die Stadtverwaltung zeitnah über geführte Gespräche mit der Gerchgroup berichten und die neue Eigentümerin bitten,

ihre Pläne für das Areal im Stadtplanungsausschuss vorzustellen.

#### SPD-FRAKTION SORGT SICH UM NAHVERSORGUNG IN DER GARTENSTADT

Nach dem Abriss der Edeka-Filiale an der Julius-Loßmann-Straße fehlt für die meist älteren Bewohnerinnen und Bewohner der Gartenstadt ein fußläufiger Nahversorger. Die SPD-Stadträte Werner Gsaenger, Elke Härtel und Claudia Arabackjy haben die Stadtverwaltung nun per Antrag gebeten, mit dem Grundstückseigentümer und potentiellen Nahversorgern intensive Gespräche um einen Nachfolger zu führen. Dabei sollen alle Alternativen geprüft werden, um die Situation für die Gartenstadt und die Siedlungen im Süden zu verbessern.

#### Aus dem Stadtrat

#### NÜRNBERGER PFLEGEPREIS WÜRDIGT HERAUSRAGENDE ALTENPFLEGE

Mit einem Preisgeld von 10.000 Euro wird künftig der Nürnberger Pflegepreis alle zwei Jahre herausragende Projekte und Leistungen in der Altenpflege würdigen. Die vom Sozialausschuss des Stadtrats beschlossene Einführung eines Pflegepreises geht auf einen Antrag der SPD-Fraktion zurück, die damit das Image der Pflege, aber auch die Qualität von pflegerischer Arbeit verbessern möchte. Bewerben können sich Nürnberger Pflegeeinrichtungen aller Art, jedoch keine Einzel- und Privatpersonen.

#### STADT SOLL IHRE LKW MIT ABBIEGE-ASSISTENTEN AUSSTATTEN

Immer wieder kommt es zu schweren Unfällen mit Fußgängern und Radfahrern, die sich beim Abbiegen im

toten Winkel eines Lastwagens befinden. Deshalb soll die Stadt Nürnberg mit gutem Beispiel vorangehen und nur noch Lkw mit Abbiege-Assistenten anschaffen. Diese Systeme warnen den Fahrer, falls ein Zusammenstoß droht, oder leiten notfalls eine Vollbremsung ein. Zudem – so der Antrag von SPD-Stadtrat Lorenz Gradl – soll die Stadt prüfen, ob die bereits vorhandenen städtischen Lkw mit Abbiege-Assistenten nachgerüstet werden können.

#### HAFENBRÜCKEN

Nachdem die alten Hafenbrücken in die Jahre gekommen sind und ausgetauscht werden müssen, hat der Stadtrat nun grünes Licht für die Planungen der neuen Brückenbauwerke gegeben. „Die nun vorgesehenen Brücken mit einer Stahlgeflechtkonstruktion sehen nicht nur besser aus – sie sind vor allem wesentlich langlebiger und haben eine prognostizierte Lebensdauer von 100 anstatt



70 Jahren“, begründet die Fraktionsvorsitzende Dr. Anja Pröhl-Kammerer die Entscheidung für die um 5,5 Mio. teurere, aber nachhaltigere Variante. Ein weiterer Vorteil sind die geringeren Unterhaltskosten und die kürzere Bauzeit. Insgesamt kalkuliert die Stadt derzeit mit Gesamtausgaben von 153 Mio. Euro für die Brückenarbeiten.

# Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten: Gedenkfahrt 2018 nach Pappenheim

VON REINER WAGNER

Die Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten Franken führt seit 1996 jährlich eine Fahrt zu einem Gedenkort oder einer Gedenkstätte durch, um an die Verfolgung von Sozialdemokraten zu erinnern. 2018 war die Erinnerung nicht mit nationalsozialistischer Verfolgung verbunden, sondern an die Unterdrückung von Frauen in der Zeit vor der Weimarer Republik.

Dr.phil., Dr.jur. Bertha Kipfmüller wurde 1861 in Pappenheim geboren. Da sie als Frau die Goldschmiedewerkstat ihres Vaters nicht übernehmen konnte, wurde sie Lehrerin, obwohl sie nur die Volksschule besuchte. Ein lebenslanger Kampf um Anerkennung begann. 1886 war sie Initiatorin zur Gründung des Mittelfränkischen Lehrerinnenvereins und 1890 war sie Mitbegründerin des Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenvereins. Es galt bis 1919 ja noch das Zölibat für Lehrerinnen. Sie war immer wieder in Bayern und Deutschland unterwegs, um die Gleichstellung zu erreichen.

Mit 18 Jahren wurde sie Lehrerin in Dorfschulen, ehe sie 1886 nach Schopershof kam und das Elend der Fabrikarbeiter kennenlernte. Ihr Versuch, in Nürnberg eine Stelle zu bekommen, scheiterte immer wieder am liberalen Bürgermeister von Schuh. Erst als sie nach einem Studium ohne Abitur von 1886 bis 1889 in Heidelberg als Dr. Phil. zurückkam, erhielt sie eine Stelle an der Höheren Töchterschule in Nürnberg, musste aber Anfangsklassen in Rechnen, Singen und Turnen unterrichten. Sie erhielt nur das Gehalt als Volksschullehrerin. Wieder lehnte sie sich auf. Studienrätin wurde sie aber erst bei ihrer Pensionierung.

Schon 1893 war sie in die Deutsche Friedensgesellschaft eingetreten und kam in Kontakt zu Berta von Suttner. Suttner bestärkte sie, ihr Pamphlet „Se-

dansgedanken“ zu veröffentlichen, in dem sie sich gegen den Militarismus und die Kriegsverherrlichung wandte. Nach 1945 bezeichnete sie sich als die älteste Pazifistin Deutschlands.

1895 gründete sie mit Helene von Forster den unpolitischen Verein „Frau-



enwohl“, der eine Blindenanstalt und ein Wöchnerinnenheim für Arbeiter-



frauen baute sowie Bildungsarbeit für sozial Schwache betrieb. Sie gehörte verschiedenen sozialistischen Vereinigungen an, auch wenn sie formal erst 1919 in die SPD und den Verband der Sozialistischen Lehrer und Lehrerinnen eingetreten ist. Sozialdemokratin ist sie bis an ihr Lebensende geblieben. Nach ihrer Pensionierung studierte sie Jura

in Erlangen und promovierte mit „Die Frau im Rechte der Freien Reichsstadt Nürnberg“.

Sie war eine entschiedene Gegnerin des Nationalsozialismus und wäre, wenn sie noch Lehrerin gewesen wäre, sicherlich mit diesem in größere Kon-

flikte geraten. Mit 85 Jahren wurde sie 1946 Ehrenbürgerin ihrer Heimatstadt

Pappenheim, für eine Sozialdemokratin eine außergewöhnliche Ehrung. Ihre Lebensgeschichte kann uns auch heute noch Vorbild sein. Nach einer Stadtführung und einem Empfang durch den SPD-Bürgermeister Uwe Sinn, ging unsere Fahrt weiter nach Solnhofen. Vor dem Besuch des Paläozoo-Museums mit den Versteinerungen aus Sauri-

er-Zeit erläuterte uns SPD-Bürgermeister Manfred Schneider die Probleme einer kleinen Kommune, die Bevölkerungsschwund hat.

Es war für alle eine eindrucksvolle Reise in die Gegenwart, die Zeit vor und nach 1900 sowie in die erdgeschichtliche Frühzeit. ■

# Das Schulsanierungsprogramm startet endlich auch in Bayern!

VON GABRIELA HEINRICH, MdB

Zum Ende der letzten Großen Koalition hatten wir das Grundgesetz geändert, damit der Bund in Zukunft stärker in die Schulen investieren kann. Das Ziel der SPD war: Ein Schulsanierungsprogramm, um bundesweit das Lernumfeld für die Schülerinnen und Schüler zu verbessern. Jetzt geht unser Programm endlich auch in Bayern an den Start. Dabei gibt es gute Nachrichten für Nürnberg: Über 9 Millionen Euro sollen nach Nürnberg fließen.

## Wir investieren in die Kommunen!

Das Schulsanierungsprogramm ist eine Ergänzung zum Kommunalinvestitionsförderungsfonds, den wir ebenfalls in der letzten Wahlperiode ins Leben gerufen hatten. Letzterer hat einen Umfang von 3,5 Milliarden Euro, von denen 8 Millionen Euro nach Nürnberg fließen. Zu den geförderten Vorhaben aus dem Kommunalinvestitionsförderungsfonds gehören in Nürnberg der Bahnhofplatz, das Bürgeramt in Nürnberg-Fischbach, das Einwohner- und Liegenschaftsamt, die Ehrenhalle im Nürnberger Rathaus, das Hochbauamt, das Baureferat, die Kunsthalle und verschiedene Bushaltestellen im Stadtgebiet. Beide Programme haben wir in der Großen Koalition gegen den Widerstand von CDU und CSU durchgesetzt.

Mit dem Schulsanierungsprogramm, das allein für Investitionen in Schulen reserviert ist, legen wir jetzt nochmal 3,5 Milliarden drauf. Damit konnte die SPD insgesamt sieben Milliarden Euro zusätzlich für die Kommunen durchsetzen. Diese Investitionen verbessern die Lebensbedingungen vor Ort und sind gleichzeitig Investitionen in unsere Zukunft.

## Welche Schulen profitieren?

Mit dem Geld aus dem Schulsanierungsprogramm werden die Sanierung, der Umbau und die Erweiterung

von Schulgebäuden finanziert. Die Grund- und Mittelschule Insel Schütt soll eine Sanierung von Dach, Fassade und Fenstern erhalten, im Dürer-Gym-



nasium und im Hans-Sachs-Gymnasium sollen die Chemieräume saniert werden. Das Pirckheimer-Gymnasium soll eine Dachsanierung finanziert bekommen und die Mittelschule St.

Leonhard eine Dach- und Fassadensanierung.

## Was sind die nächsten Schritte?

Wir investieren in moderne Schulgebäude, wir wollen aber auch, dass die Schülerinnen und Schüler auf den digitalen Wandel vorbereitet sind und die Schulen eine moderne Ausstattung haben. Deswegen haben wir weitere 3,5 Milliarden Euro für einen „Digitalpakt Schule“ durchgesetzt. Die Schülerinnen und Schüler sollen künftig in allen Fächern und Lernbereichen eine digitale Lernumgebung nutzen können. Im Koalitionsvertrag konnten wir zudem einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für alle Kinder im Grundschulalter durchsetzen, der 2025 in Kraft treten soll. Die Zeit bis dahin wollen wir nutzen und ein neues Ganztagsschulprogramm starten. Zwei Milliarden Euro werden wir hierfür bereitstellen, um die Länder bei der Schaffung neuer Ganztagsschulplätze zu unterstützen. ■

## „Stadtteilbegegnungen“ in den Siedlungen Süd

Neue Wege in der Kommunikation mit der Bevölkerung beschreitet die SPD Siedlungen Süd. Sie gestaltet unter dem Titel „Stadtteilbegegnungen“ eine Veranstaltungsreihe mit ganz unterschiedlichen Angeboten.

- **Freitag, den 28. September:** Radtour durch die Siedlungen Süd mit Landtagskandidatin Claudia Arabackyj. Treffpunkt um 16 Uhr am Kinderhort Leerstetter Straße.
- **Samstag, den 29. September:** Oldie-Disco im Jugendhaus CUBE; Beginn: 20 Uhr, Eintritt: 5 Euro
- **Sonntag, den 30. September:** Senioren-Café im Jugendhaus CUBE. Bei Kaffee und Kuchen gibt es Informationen zur Lage der älteren Menschen im Freistaat durch Claudia Arabackyj.
- **Mittwoch, den 3. Oktober:** Rückblick auf die Geschichte Deutschlands von 1848 bis heute in Liedern, Texten und Bildern. Veranstaltungsort: Glashaus, Landsweiler Str. 60, Beginn: 18 Uhr.
- **Freitag, den 5. Oktober:** Benefiz-Schafkopfturnier mit Claudia Arabackyj in der Gaststätte des TSV Falkenheim, Anmeldung unter: 0171 6808988, Startgeld: 10 Euro
- **Sonntag, den 7. Oktober:** Oberbürgermeister Dr. Uli Maly und die Landtagskandidatin Claudia Arabackyj bringen literarische Fundsachen zu Gehör. Begleitet wird die Lesung mit Stücken eines Musiktrios, das in der Kombination Klarinette, Cello und Klavier aus klassischen Werken Kostproben liefert. Im Roxy, Renaissancekino, Beginn: 11 Uhr, Eintritt: 6 Euro

# Gegen den Widerstand der CSU: Lebensretter müssen unterstützt werden!

VON STEFAN SCHUSTER, Mdl

Wenn ein Notruf eingeht machen sich Notarzt und Krankenwagen sofort auf dem Weg. Aber was ist, wenn gerade alle Einsatzkräfte und Wagen im Einsatz sind? Für diese Fälle gibt es Ersthelfergruppen (sogenannte First Responder), die von der Leitstelle alarmiert werden, um lebensrettende Maßnahmen einzuleiten, bis Notarzt



und Krankenwagen da sind. Insgesamt 494 Ersthelfergruppen gibt es in Bayern, die CSU will sie aber weder ausstatten, noch ausbilden.

Meist gehören die First Responder der Freiwilligen Feuerwehr oder Hilfsorganisationen wie dem Roten Kreuz an. Ehrenamtlich rücken sie aus, um Menschen in Not zu helfen. Ich bin dankbar für jede und jeden, der/die das ehrenamtlich auf sich nimmt. Deshalb ist es wichtig, sie zu unterstützen und zu fördern. In einer schriftlichen Anfrage haben wir das Innenministerium um eine Stellungnahme zur Situation der First Responder gebeten. Das Ministerium teilte uns unumwunden mit, dass Feuerwehr und Co. Arbeitskleidung und Ausrüstung für diesen Zweck selbst besorgen müssen.

Auch ihre Ausbildung und Fortbildungen als Ersthelfer müssen sie selbst finanzieren – bisher.

Zusammen mit der SPD-Fraktion habe ich im Landtag einen Antrag eingebracht, für die First Responder Geld im Haushalt zur Verfügung zu stellen. Mit den finanziellen Mitteln soll die ehrenamtlich organisierte Ersthilfe sichergestellt werden. Die ehren-

amtlichen Ersthelfergruppen leisten einen wichtigen Beitrag zu unserer Sicherheit. Es ist für uns nicht nachzuvollziehen, dass sie auch noch finanziell belastet werden, wenn sie Leben retten. Weil sie alle Kosten selbst tragen, zahlen sie für ihren Einsatz auch noch oben drauf.

Die CSU findet diese Situation nicht verbesserungswürdig. Im Innenausschuss des Landtags hat die Regierungspartei unseren Antrag

abgelehnt. Sie wollen die Ersthelfer nicht unterstützen, weil das Ausrücken als First Responder eine freiwillige Zusatzaufgabe sei. Dabei geht es um Leben und Tod. Diese Einsätze sind nötig, um eine schnelle Versorgung zu gewährleisten. Die Hilfsfrist, in der die Einsatzkräfte eintreffen müssen, beträgt in Bayern 12 Minuten. Eine Anfrage der SPD hat ergeben, dass das in jedem zehnten Fall nicht möglich ist. Seit Jahren setzt sich unsere Fraktion deshalb für eine bessere Ausstattung der Rettungsdienste ein. Eine weitere Maßnahme ist der Einsatz von First Respondern, deren Notwendigkeit die CSU nicht versteht. Sie sollen und können keine Krankenwagen ersetzen, so wie die CSU vermutet. Aber sie können vor allem eins: sie können Leben retten. ■

## Termine

**03.09.2018 - 19:30 Uhr**  
Rote Runde Hasenbuck  
Gasthof Süd,  
Ingolstädter Straße 51

**04.09.2018 - 19:30 Uhr**  
SPD Laufamholz:  
Mitgliedertreffen  
SVL Sportheim,  
Schupfer Str. 81

**08.09.18 - 15:00 Uhr**  
SPD Buchenbühl:  
Rote trinken Roten  
Kahlbergweg 1

**11.09.2018 - 17:00 Uhr**  
Mieterbüro der SPD  
Nürnberg: Sprechstunde  
bis 19 Uhr

**11.09.2018 - 19:30 Uhr**  
SPD Reichelsdorf-Mühlhof:  
Mitgliederversammlung  
Sportgaststätte  
SV Reichelsdorf

**11.09.2018 - 19:30 Uhr**  
SPD Gostenhof: Sitzung  
Kl. Saal, Nachbarschafts-  
haus, Adam-Klein-Straße 6

**11.09.2018 - 19:30 Uhr**  
SPD Fischbach:  
Mitgliederversammlung  
Gaststätte TSV Altenfurt,  
Wohlauer Str. 16

**12.09.2018 - 19:00 Uhr**  
AK Umwelt: Sitzung  
Käte-Strobel-Saal, KBZ,  
Karl-Bröger-Straße 9

## Termine

**13.09.2018 - 19:00 Uhr**  
**AG Migration und Vielfalt:**  
**Empfang der Kulturen 2018**  
 Willy-Pröb-Saal, Karl-Bröger-Zentrum

**14.09.2018 - 16:00 Uhr**  
**SPD Nordostbahnhof:**  
**Infostand**  
 bis 18 Uhr, ZA-RA Markt  
 Leipziger Platz 1-3

**15.09.2018 - 12:00 Uhr**  
**SPD Muggenhof: Infostand**  
 bis 15:00 Uhr, Fürther Straße / Ecke Hasstraße

**18.09.2018 - 17:00 Uhr**  
**Elternbüro der SPD**  
**Nürnberg: Sprechstunde**  
 bis 19:00 Uhr, Karl-Bröger-Zentrum. Bitte melden Sie sich vorher unter der Nummer 0911/438960 an, damit wir auf Ihren Besuch gut vorbereitet sind.

**18.09.2018 - 19:30 Uhr**  
**SPD Leonhard-Schweinau:**  
**Mitgliederversammlung**  
 Restaurant Sarajevo (Hinterzimmer), Schwabacher Str. 53

**19.09.2018 - 19:30 Uhr**  
**SPD Hummelstein:**  
**Aktiventreff**  
 Wirtshaus Galvani,  
 Galvanistr. 10

**21.09.2018 - 15:00 Uhr**  
**SPD Langwasser:**  
**Fraktion vor Ort**

**21.09.2018 - 16:00 Uhr**  
**SPD Nordostbahnhof:**  
**Infostand**  
 ZA-RA Markt,  
 Leipziger Platz 1-3

# Schwabacher Streetworkerinnen stellen Drogenpräventionsprojekt vor

## BayernSPD-Generalsekretär Uli Grötsch informiert sich über Förderprojekt der Sozialen Stadt

VON CLAUDIA ARABACKYJ UND MAGDALENA REISS

Jugendliche über die Gefahren und Probleme von Drogen aufklären – das ist das Ziel des kürzlich gestarteten Drogenpräventionsprojekts der Schwabacher Streetworkerinnen Steffi und Caro. Dieses Programm,



das die Zielgruppe aus der offenen Jugendarbeit in einer ersten Projektreihe über Suchtproblematiken und alternative Handlungskonzepte aufgeklärt hat, war von den beiden Streetworkerinnen initiiert worden und wird durch das Förderprogramm „Soziale Stadt“ aus Bundes- und Landesmitteln gefördert. Der Generalsekretär der BayernSPD, Uli Grötsch, MdB, besuchte den Stadtjugendring, gemeinsam mit Landtagskandidatin Claudia Arabackyj und Bezirkstagskandidatin Magdalena Reiß, Schwabach und informierte sich über die Erfahrungen mit dem Projekt und den Einsatz der Fördermittel.

Die Aufarbeitung des schwierigen Themas überzeugte den ehemaligen Polizeibeamten Grötsch: „Häufig wird von Problemen mit <Alkohol und Drogen> gesprochen. Dabei ist klar: Auch Alkohol ist grundsätzlich eine Droge – deshalb ist die Präventionsarbeit für sogenannte legale Drogen genauso wichtig wie für illegale.“ Die fünf Einheiten des Projekts hatten sich dabei mit allgemeinen Themen zur Sucht, Alkohol, Cannabis und Rauchen/Shisha beschäftigt sowie einer Cocktailparty mit alkoholfreien Ge-

tränken als Alternative beschäftigt. Egal ob Gefahren durch Streckmittel, die Giftstoffe in Zigaretten oder das Hineinrutschen in eine Abhängigkeit – eine Vielzahl von Themen wurden aufgegriffen. Grötsch war überzeugt: „Die Umsetzung des Projektes ist enorm gut gelungen und wichtiger Baustein für gelungene Prävention.“

Der Umgang mit Drogen ist für die SPD aber auch politisch ein Reizthema. Der Generalsekretär machte klar, dass die Sozialdemokraten in Bayern für eine Legalisierung von Cannabis unter bestimmten Rahmenbedingungen stehen – aber eben auch für einen deutlichen

Ausbau der Präventionsarbeit. „Wir haben hierzu eine klare Beschlusslage“, so Grötsch. „Eine Legalisierung ist mit der Union aber aktuell nicht zu machen. Hier wird der Fokus noch falsch gesetzt, nämlich auf einzelne Verbote statt sinnvoller Prävention.“ ■

Nürnberg

SPD

## Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg  
 Verantwortlich: Michael Arnold  
 Redaktion: Thorsten Brehm,  
 Tim Koss, Andreas Mittelmeier,  
 dsp@spd-nuernberg.de  
 Redaktionsanschrift:  
 der springende punkt, Karl-Bröger-Str. 9,  
 90459 Nürnberg, Tel.: 0911 - 438960

Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.  
 Auflage: 5.500 Exemplare

# CSD und Juso-Sommerfest: Bunt, stolz und jungsozialistisch!

VON ÇIĞDEM TAŞKAYA UND OĞUZ ŞERİF AKMAN

Wieder fanden am ersten Samstag im August der Christopher Street Day und das Juso-Sommerfest am selben Tag statt. Der diesjährige Christopher-Street-Day (CSD) fand unter dem Motto „Community Leben – sei dabei!“ statt. Mit über 6.500 Teilnehmer\*innen war



es der bislang größte CSD in der Geschichte Nürnbergs. Die Jusos und die SPDqueer Mittelfranken waren ganz vorne mit dabei: Zig Genossinnen und Genossen haben an der CSD-Parade teilgenommen und dabei Gumbärrchen, Kondome und Erfrischungstücher an die umstehenden Interessierten verteilt. Die Stimmung war wieder sehr entspannt und locker.

Beim CSD geht es aber selbstverständlich nicht nur darum gemeinsam zu feiern, sondern vor allem auch darum für Gleichberechtigung einzutreten und Haltung zu

zeigen. Deshalb wurde, wie auch in den letzten Jahren, wieder an der Gedenkstele für die verfolgten und ermordeten Homosexuellen in der Nazizeit am Sterntor eine Gedenkminute eingelegt und ein Blumenkranz niedergelegt.

Als Jusos wollten wir natürlich ein Jahr nach der Einführung der „Ehe für Alle“ wissen, wie es um die LSBT-Community in Nürnberg und in Bayern steht. So wollten wir von den Besucherinnen und Besuchern unseres Standes wissen, was für sie die Community ist und was die Community im Freistaat braucht.

Die extreme Hitze an diesem Tag (36 Grad!) konnte niemanden davon abhalten, den CSD gemeinsam gelassen und friedlich zu feiern. So wurden aus den Jusos Bayern #freistarten-Frisbees schnell mal effektive Fächer – Not macht eben erfinderisch! Nach dem CSD luden wir alle von der Hitze gebeutelten Genossinnen und Genossen in den Falkenturm ein, wo unser alljährliches Sommerfest stattfand. Nach einem heftigen Platzregen wurde alles sehr schnell aufgebaut und man konnte sich endlich dem Grillen widmen.

Bei leckerem Essen und kühlen Getränken konnte der Abend so richtig gemütlich beginnen. Egal ob politische Diskussion, Wikinger-Schach, Flunkyball oder Beer Pong, für jeden war etwas geboten. Abgerundet wurde unser Sommerfest natürlich mit dem Singen der Internationalen um Mitternacht. Alles in allem war der Samstag wieder ein voller Erfolg! Wir bedanken uns bei allen, die auf unserem Sommerfest waren und freuen uns auf das kommende Jahr! ■

## Termine

**22.09.2018 - 10:00 Uhr**  
**SPD Nordostbahnhof:**  
**Infostand**  
bis 12 Uhr, MERCADO, Äußere Bayreuther Str. 80

**22.09.2018 - 12:00 Uhr**  
**SPD Muggenhof: Infostand**  
bis 15:00 Uhr, Fürther Straße / Ecke Hasstraße

**24.09.2018 - 19:00 Uhr**  
**SPD Lichtenhof:**  
**Mitgliederversammlung**  
Gemeindezentrum Evang.-Luth. Kirchengemeinde Lichtenhof (1. Stock, Plenarsaal)

**25.09.2018 - 14:00 Uhr**  
**AG 60+: Aktivensitzung**  
Wilhelm-Riepekoohl-Raum,  
Karl-Bröger-Straße 9

**25.09.2018 - 17:00 Uhr**  
**Mieterbüro der SPD**  
**Nürnberg: Sprechstunde**  
bis 19 Uhr

**26.09.2018 - 19:00 Uhr**  
**AG AfB: Aktivensitzung**  
Käte-Strobel-Sitzungsraum,  
Karl-Bröger Straße 9

**26.09.2018 - 19:00 Uhr**  
**SPD Gartenstadt:**  
**Aktivensitzung**  
Gesellschaftshaus Gartenstadt, Buchenschlag 1

**27.09.2018 - 17:00 Uhr**  
**Offene AfA Sitzung**  
mit Stefan Schuster und Kerstin Gardill, Raum „Wilhelm Riepekoohl“, KBZ

**01.10.2018 - 19:30 Uhr**  
**Rote Runde Hasenbuck**  
Gasthof Süd,  
Ingolstädter Straße 51



## Kevin Kühnert in Nürnberg!

Am 24. September 2018 kommt der Bundesvorsitzende der JUSOS nach Nürnberg

Kevin Kühnert und Magdalena Reiß, Juso-Bezirkstagskandidatin (Nürnberg Süd/Schwabach), freuen sich mit Euch zu diskutieren und Eure Fragen zu beantworten.

Ihr seid herzlich eingeladen an der offenen Diskussionsveranstaltung am Montag, den 24. September 2018 im Willy-Pröll-Saal um 19.30 Uhr teilzunehmen.

Moderiert wird der Abend von den Veranstalter\*innen Anil Altun und Cigdem Taskaya.

Weitere Informationen zur Veranstaltung findet ihr auf Facebook unter: <https://www.facebook.com/events/261430731023032/>

**24.09.2018, 19.30 Uhr**

**Willy-Pröll-Saal, Karl-Bröger-Zentrum, Karl-Bröger-Str. 9  
Öffentliche Veranstaltung - Alle Interessierten sind willkommen!**

Der SPD-Ortsverein Nürnberg-Altstadt lädt ein zum

## „Trempelemarktfest“

**Am 7. September 2018  
Vor der Lorenzkirche  
(Wetterhäuschen)**

Ab 15.00 Uhr Kaffee,  
ab 18:30 Uhr Livemusik von  
„Goosebumpmusic“  
und leckeres Essen und Getränke. Plus: Wein- und Käsestand des Ortsvereins Altstadt

## Geführter Spaziergang durch den Reichswald

im Rahmen der Bayerischen Klimawoche. Mit einem Vertreter der Bayerischen Staatsforsten, Angelika Weikert, MdL und Kerstin Gardill, Kandidatin für den Stimmkreis Nürnberg-Ost

**Dienstag, 11. September 2018  
um 16:00 Uhr am  
Haupteingang des  
Tiergartens Nürnberg**

Bei Interesse bitte anmelden unter: [nuernberg@angelika-weikert.de](mailto:nuernberg@angelika-weikert.de) – Tel.: 0911-4389640

# der springende punkt.

Monatliche Zeitung der SPD Nürnberg. Nächstes Erscheinen: Anfang Oktober 2018!